

Referat von Philipp Müller am Tag des Familienunternehmens vom Freitag, 25. Mai 2007

Wir alle wissen es. Die Unternehmertätigkeit ist in den letzten Jahren alles andere als einfacher geworden. Und trotzdem sind es nach wie die Unternehmer und die Unternehmerinnen - insbesondere die Kleinfirmer, die Familienbetriebe, also ein Grossteil der KMU, die sich dem härter gewordenen Wettbewerb tagtäglich stellen, dessen Herausforderungen annehmen und sich behaupten. Sie sind es, die mit Ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dafür sorgen, dass unsere Sozialversicherungen, Investitionen in Bildung, öffentliche Bauten und vieles andere mehr finanziert werden können.

Damit ist auch gesagt, dass diese Klein- und Kleinstunternehmen eine enorme gesellschaftliche und politische Kraft darstellen. Das haben auch die Politiker erkannt. Keiner von ihnen wird es versäumen, den Unternehmen mit Schalmeienklängen verbesserte Rahmenbedingungen zu versprechen. Sie werden mich nun auch zu diesen zählen, ich bitte aber um mildernde Umstände, bin ich doch selber Unternehmer.

So weit so gut! Natürlich kann eine moderne Gesellschaft nicht ohne Regulierungen auskommen; für die Unternehmen stellen diese jedoch in aller Regel einen Kostenfaktor dar. Die intensive Gesetzgebungstätigkeit und Regulierungswut der 80er und 90er Jahre hat die Unternehmen aber mehr und mehr in ihrer eigentlichen Kerntätigkeit behindert und eingeschränkt. Vor allem die kleinen Firmen leiden heute verhältnismässig stark darunter.

Die Klagen wurden lauter, die Problematik erkannt und die Politik hat reagiert. Sie hat getan, was sie in solchen Fällen immer tut. Sie bestellt Berichte, liest die Einleitung und das Fazit und verfällt dann in hektischen Aktivismus.

So geschehen in mehreren Berichten des Bundesrates vom 17. Februar 1999, 3. November 1999, 16. Juni 2003 und 2. Februar 2005.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat am 18. Januar 2006 den Bericht „Vereinfachung des unternehmerischen Alltags“ verabschiedet, der rund hundert Massnahmen zur administrativen Entlastung und Erleichterung der Regulierung vorsieht.

Daraus wiederum ist die „Botschaft zum Bundesgesetz über die Aufhebung und die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren“ an das eidgenössische Parlament entstanden, die der Bundesrat am 8. Dezember 2006 verabschiedet hat.

Die Botschaft enthält zwei Kategorien von Massnahmen:

Einerseits sind es Massnahmen zur administrativen Entlastung, andererseits Massnahmen zur Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen.

Als Beispiele bei den Massnahmen zur administrativen Entlastung seien genannt:

- Die Einführung der digitalen Signatur, womit die Meldungen des Schweizerischen Handelsamtsblattes auch elektronisch in rechtsverbindlicher Form zur Verfügung stehen.
- Elektronische Lohndatenübertragungen, mit der die Lohndaten mittels eines einzigen Mausklicks an alle empfangenden Behörden versandt werden können.
- Bei den Arbeitssicherheitsvorschriften sollen für 150 000 Betriebe die Dokumentationspflichten deutlich reduziert werden.

- Ein Formularserver soll die raschere Auffindung von Formularen einer bestimmten Behörde ermöglichen.

Weiter sollen von den rund 500 Bewilligungsverfahren des Bundesrechts bis zum Jahr 2008 deren 75 aufgehoben oder vereinfacht werden.

Grundsätzlich soll also der „Mut zur Lücke“ wieder zum Leben erweckt werden.

Was aber können wir nun von diesem Wust von Absichtserklärungen erwarten, die zuerst noch die Mühlen der Verwaltung, der Parlamentskommissionen, des Ständerates und des Nationalrates überstehen müssen?

Ich sage es Ihnen offen und bewusst provokativ: Nichts!

Wenn Sie Erwartungen haben an sogenannt günstige Rahmenbedingungen, werden Sie enttäuscht sein. Man darf schon froh sein, wenn die letztlich beschlossenen Massnahmen die neu hinzugekommenen Regelungen zu kompensieren vermögen.

Sie werden sich nun zu Recht fragen, wieso gerade ein Politiker ein derartiges Bild zeichnet, sind es doch letztlich diese, die für die Rahmenbedingungen verantwortlich sind.

Ich darf Ihnen hier eine Selbsterfahrung zum Besten geben, als ich selber noch nicht Politakteur, sondern Politikonsument war. Frage eines Politikers an Unternehmer Müller: „Was können wir für Sie, bzw. die Unternehmer tun?“ Antwort des Unternehmers Müller: „Um Gottes Willen, tun Sie ja nichts, lassen Sie uns einfach in Ruhe.“ Was also wie ein Angebot für bessere Rahmenbedingungen daher kam, habe ich damals als unmittelbare Bedrohung aufgefasst. Dahinter steht die Überzeugung, dass unser tägliches Tun von Natur aus den Gesetzen des Marktes untersteht.

Ich weiss, dass ich hier etwas überzeichne. Meine Botschaft ist aber letztlich einfach begreifbar: Warten Sie nicht, bis Ihnen ein Politiker mit der nach Drohung klingenden Frage begegnet, was er für Sie tun könne.

Formulieren Sie Ihre Wünsche selber an die Politik, mischen Sie sich ein, belangen Sie die Volksvertreter, seien Sie lästig und hartnäckig. Stellen Sie klare Forderungen, aber überfordern Sie uns bitte nicht, wir sind auch nur Menschen. Weisen Sie auf Missstände hin und verlangen Sie deren Eliminierung.

Politiker haben kein Monopol auf eine ihnen übertragene Gestaltungs-Autorität. Oder einfacher, Politiker machen auch Fehler. Sie vergessen hie und da, dass sich die Realität wenig um die von Menschen geschaffenen Regeln kümmert. Wohlstand ist von Natur aus entweder individuell erarbeitet oder dann durch Umverteilung angehäuft. Letzteres wollen wir in einer offenen, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft nicht.

Hüten wir uns aber auch vor dem Gedanken, soziale Marktwirtschaft sei gleichbedeutend mit Raubzügen gegen Leistungsträger oder aller Wohlstand komme vom Staat. Stehen wir aber auch dazu, dass es nicht allen gut geht und sich eine moderne Gesellschaft dadurch auszeichnet, dass sie fein zu differenzieren weiss, wo ihre Solidarität gefragt, ja sogar erforderlich ist.

Unser gemeinsames Ziel muss nicht die Verwaltung des Niedergangs ein, sondern der Fortschritt im positiven Sinn. Fortschritt im positiven Sinn? Ja gibt es denn auch einen negativen Fortschritt? Ja natürlich meine Damen und Herren. Nicht alles was anders ist, ist auch besser. Also seien wir wachsam und prüfen wir was als Fortschritt daher kommt.

In Worthülsen gefasst könnte man dies wie folgt formulieren: Zur Beurteilung der täglichen Vorkommnisse in Beruf und Staat ist die Messlatte des jeweils involvierten Prinzips zu verwenden. Sonst verlieren wir uns in einem Zickzack „pragmatischer“ Effizienz, „lösungs-orientierter“ Mitläuferei und „sozialkompetenter“ Anpasserei. Alles klar? Danke, mir auch nicht!

Ich wage hier eine Gedankenkette zu entwickeln, die sich nicht um Tabus herumdrückt.

Generationen kreativer Unternehmer unseres Landes übten sich einst in Zurückhaltung und Verzicht, zugunsten der Eigenkapitalbasis und damit der besseren Konkurrenzfähigkeit ihrer Unternehmen. Einsatzbereite, lernbegierige Mitarbeiter standen ihnen zur Seite. Beide Teile verstanden ihr Bemühen als Lebensaufgabe im Interesse der eigenen Familien und der Gesellschaft. Auf diese Weise kamen sie ihren „sozialen Verpflichtungen“ nach.

Heute droht den Unternehmern schleichende Entmündigung oder gar Enteignung. Ratschläge fernab der Realitäten durch Politiker und Nicht-Regierungsorganisationen sind an der Tagesordnung. Wenig hilfreich ist auch die Unterwanderung des Selbstwertgefühls unseres Volkes durch kleinmütige und entzweieude sog. Meinungsmacher.

Deren rotes Tuch, der Gewinn, ist aber nicht des Teufels, sondern das Blut im Wirtschaftskörper. Jene, die diesem Meinungsbildungsprozess selber ausgesetzt sind, verspüren dessen Auswirkungen. Sie werden von der Erkenntnis beschlichen, dass Staat und Marktwirtschaft Antagonisten, Gegensätze sind: Der Staat scheint machthungriger als je zuvor. Der Markt - das unabdingbare Lenkungsinstrument der Wirtschaft - muss sich aber frei entfalten können, soll ihm seine wohltuende Wirkung erhalten bleiben. Sich seiner Kraft zu widersetzen, ist ein gleichermaßen unsinniges Unterfangen, wie einem andern Naturgesetz Einhalt gebieten zu wollen ... etwa der Schwerkraft.

Es liegt an den Unternehmerinnen und Unternehmern die Verhältnisse wieder zurechtzurücken: Der Primat gehört von Natur aus der Wirtschaft, nicht der subsidiären Politik. Vergessen wir nicht: Der Staat braucht die Wirtschaft ihres Geldes wegen. Die Wirtschaft, das Wirtschaften ist älter als der Staat; sie konnte und kann ohne den Staat existieren. Und: Die Wirtschaft bringt „unser täglich Brot“ auf den Tisch, nicht der Staat.

Zwischen Finanz- und Werkplatz muss ein ausgewogenes Gleichgewicht erhalten bleiben. Politische Eingriffe - so sie denn überhaupt sinnvoll sind - haben dieser Maxime zu folgen.

Halten wir uns aber fitt durch einen qualitativ hohen Ausbildungsstand. Halten wir uns fitt, durch einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit haben dieses Prinzip bereits geritzt. Halten wir uns weiter fitt durch unseren sprichwörtlichen Arbeitseifer, durch Einsatz und Engagement.